UVII Orientierungen

UNTERNEHMERVERBAND HANDWERK NRW LANDESVEREINIGUNG DER FACHVERBÄNDE DES HANDWERKS

www.uvh-nrw.de

April-Mai-Juni 2/22





Inhalt UVH-Vizepräsident Heribert Kamm mit dem Bundesverdienstkreuz 3 ausgezeichnet 2 Landes-Handwerksorganisationen gratulieren Ministerpräsident Hendrik Wüst zur Wiederwahl und begrüßen Inhalte des Koalitionsvertrages für den Bereich Handwerk und 4 Mittelstand 3 NRW-Unternehmensverbände begrüßen Grundausrichtung 6 des Koalitionsvertrages 4 Erwartungen der nordrheinwestfälischen Wirtschaft an 7 die nächste Landesregierung 5 UVH diskutierte mit Landtagskandidaten aus dem Handwerk 8 6 Erste UVH-Landesinnungsmeisterkonferenz in Düsseldorf 7 Auftakt-Workshop des Innovationsdialogs Handwerk in NRW 10 8 Neuer Erst-Check soll Ukraine-Geflüchteten Berufseinstieg 11 erleichtern 9 Listenaufstellung für die 12 Sozialwahlen 2023 angelaufen 12 10 Aus den Verbänden







Dr. Frank Wackers

In Deutschland gilt die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als hohes Gut, staatlicher Einfluss auf Tarifverträge ist untersagt. Und doch rief Kanzler Olaf Scholz zu einer "konzertierten Aktion" von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern auf, um Maßnahmen gegen die grassierende Inflation zu ergreifen. Dahinter steht die Furcht vor der Lohn-Preis-Spirale. Als Folge der Pandemie und des Krieges haben wir es seit einigen Monaten mit einer steigenden Inflationsrate zu tun, die sowohl auf Lieferkettenprobleme als auch auf Preissteigerungen für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte zurückgeht. Im Hinblick auf das Tarifjahr 2022 sind dies Vorzeichen, die für die Tarifverhandlungen in unseren Gewerken nicht ungefährlich sind. Die Gewerkschaften werden versuchen, verlorene Kaufkraft für die Arbeitnehmer zurückzugewinnen. Und sollte es den Gewerkschaften gelingen, bei den anstehenden Tarifverhandlungen höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen, müssen die Unternehmen ihrerseits darauf mit Preiserhöhungen reagieren. Die Preisspirale wird zudem auch durch politische Beschlüsse wie die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro angeheizt, die zum 1. Oktober 2022 in Kraft tritt. Schließlich ist auch der Fachkräftemangel ein wichtiger Treiber für Lohnsteigerungen in den nächsten Jahren. Arbeitsmarktexperten halten in den

Editorial

Lohn-Preis-Spirale nährt Inflation

nächsten fünf bis zehn Jahren jährliche Lohnsteigerungen zwischen drei und vier Prozent für möglich. Die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale ist damit unmittelbar gegeben. Aber es gibt Lösungen, die in ungewissen Zeiten beiden Seiten helfen könnten: Einmalzahlungen, auf die sich Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen könnten, würden den inflationsbedingten Rückgang der Reallöhne auffangen. Ein erfolgreich praktiziertes Beispiel ist die Tarifverhandlung in der Chemieindustrie: hier einigten sich Arbeitnehmerund Arbeitgebervertreter zunächst auf eine Einmalzahlung als Inflationsausgleich. Im Herbst wird über dauerhafte Lohnsteigerungen verhandelt mit der Hoffnung, am Jahresende verlässlichere Rahmenbedingungen vorzufinden. Flexibilität gewähren auch Besserungsklauseln, die angewendet werden können, wenn die Entwicklung doch nicht so schlimm kommt wie befürchtet. Um die Folgen der hohen Teuerungsrate abzufedern, ist schließlich auch der Staat in der Pflicht. Angebracht ist also ein Miteinander der Akteure aus Politik, Notenbank, Gewerkschaften und Unternehmen, das wechselseitig die Bedingungen der anderen wahrnimmt. Irrationale Forderungen drohen dagegen wirtschaftliche Schäden zu verursachen.

> Hans-Joachim Hering Präsident

Dr. Frank Wackers Hauptgeschäftsführer

11 Gesetzesänderungen

12 Aus der Rechtsprechung

13 Ehrenamtliche Richter

14 Verbraucherpreisindex

aus Kreisen der Arbeitgeber

und -initiativen

13

14

14

15



1

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

UVH-Vizepräsident Heribert Kamm mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet



v.l.n.r. Oberbürgermeister Eric O. Schulz, Vizepräsident und Ehrenlandesinnungsmeister Heribert Kamm, Präsident Hans-Joachim Hering

Wegen seiner langjährigen Verdienste um das Allgemeinwohl, insbesondere für sein fortgesetztes Engagement auf beruflicher, politischer und sozialer Ebene wurde UVH-Vizepräsident und Ehrenlandesinnungsmeister Heribert Kamm mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat UVH-Vizepräsident Heribert Kamm das Bundesverdienstkreuz verliehen. Die besondere Auszeichnung wurde im Hagener Rathaus durch Oberbürgermeister Erik O. Schulz überreicht, der das Wirken von Heribert

Kamm mit den Worten beschrieb: "Ich kenne kaum eine andere Person, die genauso unablässig für ihren Berufsstand und die Menschen, die ihm angehören, eintritt wie Herrn Kamm."

Nach Abschluss der Ausbildung zum Bäcker mit späterer Meisterprüfung eröffnete Heribert Kamm 1971 im Alter von 22 Jahren seine erste Bäckerei, die er bis heute gemeinsam mit seinen Kindern betreibt.

Seit 1972 widmet er sich der handwerklichen Bäckerorganisation auf berufsständischer Ebene. In seiner inzwischen fast 50-jährigen Tätigkeit in verschiedenen ehrenamtlichen Funk-

tionen des Bäckerhandwerkes ist er sowohl für die Innungsmitglieder, die Handwerksorganisation, als auch für die Behörden, die politischen Entscheidungsträger und die Presse ein Ansprechpartner. Der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V., dem über 70 Prozent aller in die Handwerksrolle eingetragenen Bäckereien angehören, konnte von 2015 bis 2019 als Vizepräsident auf Kamm zählen. Auch dem Bäckerinnungsverband Westfalen-Lippe stand Kamm seit 2005 als Landesinnungsmeister zur Verfügung. Heribert Kamm ist seit 2010 Vizepräsident des Unternehmerverbandes Handwerk NRW und gehört seitdem auch dem Vorstand von HANDWERK, NRW an.

Seit 1993 ist Heribert Kamm Mitglied und seit 2005 Vorsitzender des Vorstands des Vereins Erste Deutsche Bäckerfachschule. Als Kreishandwerksmeister in Hagen trieb er von 1994 bis 2006 den Neubau eines Verwaltungsund Schulungsgebäudes voran. 2008 war er als Obermeister der Bäckerinnung Hagen ausschlaggebend für die Fusion zur heutigen Bäckerinnung Ruhr.

Weiterhin erreichte Heribert Kamm als Vorsitzender der Tarifkommission NRW, dass der Manteltarifvertrag für das Bäckerhandwerk in NRW für allgemeinverbindlich erklärt wurde. "Tausende junge Bäckermeister und zukünftige Bäckermeister profitieren heute von den von Ihnen angestoßenen Veränderungen", so Schulz.

Präsident Hans-Joachim Hering und Hauptgeschäftsführer Dr. Frank Wackers gratulierten für den Unternehmerverband Handwerk NRW Vizepräsident Heribert Kamm zu seiner verdienten Ehrung und dankten ihm für seinen großen Einsatz für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen.



Landes-Handwerksorganisationen gratulieren Ministerpräsident Hendrik Wüst zur Wiederwahl und begrüßen Inhalte des Koalitionsvertrages für den Bereich Handwerk und Mittelstand

Nach ihrem Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen haben CDU und Grüne ihre Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Landesregierung abgeschlossen. UVH-Präsident Hans-Joachim Hering gratulierte Ministerpräsident Hendrik Wüst zu seiner Wiederwahl: "Mit Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten verbinden viele Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen Hoffnung auf eine Berücksichtigung ihrer Belange in der Landespolitik. Niemals war es so wichtig wie heute, dass Landesregierung und Handwerk gemeinsam für gute schulische und berufliche Ausbildung kämpfen, um die gewaltigen Transformationen hin zu Decarbonisierung und Digitalisierung umsetzen zu können." Der UVH-Präsident kündigte an, die Arbeit der Landesregierung konstruktiv zu begleiten.

Die Inhalte des Koalitionsvertrages für den Bereich Handwerk und Mittelstand werden vom Unternehmerverband Handwerk NRW (UVH) positiv bewertet. UVH-Präsident Hans-Joachim Hering: "Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen stärken Handwerk und Mittelstand. Wir begrüßen insbesondere die Einführung der kleinen Bauvorlageberechtigung als wichtiges Zeichen für den Bürokratieabbau. Weitere Schritte müssen jetzt folgen, um unsere Betriebe wirksam zu entlasten".

Auch der Präsident von HAND-WERK.NRW, Andreas Ehlert, begrüßte die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele der neuen Landesregierung: "Der Koalitionsvertrag steht nach meinem Eindruck für Verantwortung, Realismus und Nachhaltigkeit. Er überzeugt, weil Nordrhein-Westfalen damit so klar wie noch nie auf Handwerk, Mittelstand, Berufsbildung und Innovation zur Lösung der großen Zukunftsfragen setzt. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, eine pragmatische Schulpolitik und sehr konkret die Einführung einer Bauvorlageberechtigung für Handwerksmeister stehen dafür. Daraus lässt sich in den kommenden fünf Jahren viel Gutes machen."

Der Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT), Berthold Schröder, erklärte anlässlich der neuerlichen Wahl Hendrik Wüsts zum Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens: "Nie hat NRW so sehr auf das Handwerk gesetzt wie in der jetzt beginnenden Legislaturperiode. Nie waren aber auch die Herausforderungen an das Handwerk größer. Die Parteien haben verstanden, dass ohne das Handwerk die Transformation hin zur Klimaneutralität nicht umzusetzen ist. Wir stehen als Partner bereit und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der Regierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst, dem wir zu seiner Wahl gratulieren.«

Mit Blick auf den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen zur Bildung einer neuen Landesregierung sind für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen besonders die Ankündigungen zur Stär-

kung der beruflichen Bildung von Bedeutung. Darin kündigen die Koalitionspartner an, Nordrhein-Westfalen zum "Berufsbildungsland Nummer eins" zu machen, und die Attraktivität und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu stärken. Als Maßnahmen zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung wurde vereinbart, kleinere Fachklassen im Handwerk abzusichern, eine Meisterprämie zur Übernahme von Fortbildungskosten einzuführen und die Gestaltung der Meistergründungsprämie zu verbessern. Die Drittelfinanzierung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten soll sichergestellt werden. Eine positive Bewertung finden auch die vereinbarten Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Planungsbeschleunigung bei Genehmigungsverfahren und Infrastrukturausbau in den Sektoren Energie und Verkehr. Auf besondere Zustimmung trifft dabei die angekündigte Einführung der "Kleinen Bauvorlageberechtigung" für Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister, die geplante institutionelle Stärkung der Clearingstelle Mittelstand sowie die Ankündigungen zum Bürokratieabbau wie die 1:1-Umsetzung von EU-Recht, den weiteren Ausbau des Wirtschafts-Serviceportals und die Entlastung von Aufzeichnungspflichten. Schließlich findet auch der Gewerbeflächenbedarf des Handwerks im Koalitionsvertrag Berücksichtigung. Es gibt allerdings auch Ankündigungen im Koalitionsvertrag, die vom Unterneh-



merverband Handwerk NRW (UVH) kritisch eingeschätzt werden. Dazu gehören vor allem die Ausführungen zum Tarif- und Vergaberecht sowie zum Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes. So sollte aus Sicht des UVH vermieden werden, dass das Vergaberecht durch die Hintertür wieder komplizierter und durch politische Vorgaben überfrachtet wird. Weiterhin wird im Koalitionsvertrag angekündigt, landesseitig den Sozialen Arbeitsmarkt zielgerichtet

auszubauen – insbesondere im Hinblick auf Langzeitarbeitslose. Aus unserer Sicht muss bei allen Maßnahmen eine klare Priorität auf die Integration auf den ersten Arbeitsmarkt gesetzt werden. Es dürfen insbesondere keine Arbeitsplätze subventioniert werden, die eine direkte Konkurrenz zu ungeförderter Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt darstellen und reguläre Beschäftigung gefährden. Hier wird sich das Handwerk weiter für

handwerks- und mittelstandsfreundliche Lösungen einsetzen.

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen kann unter abgerufen werden unter

https://www.cdu-nrw.de/sites/ www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunfts vertrag_cdu-grune.pdf

oder

https://gruene-nrw.de/dateien/ Zukunftsvertrag_CDU-GRUeNE.pdf

Das neue Landeskabinett von Nordrhein-Westfalen:

Ministerpräsident

Hendrik Wüst

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Ministerin Mona Neubaur (Stellvertretende Ministerpräsidentin)

Ministerium der Finanzen

Minister Dr. Marcus Optendrenk

Ministerium des Inneren

Minister Herbert Reul

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Ministerin Josefine Paul

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Minister Karl-Josef Laumann

Ministerium für Schule und Bildung

Ministerin Dorothee Feller

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung

Ministerin Ina Scharrenbach

Ministerium der Justiz

Minister Dr. Benjamin Limbach

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Minister Oliver Krischer

Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ministerin Silke Gorißen

Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ministerin Ina Brandes

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei

Minister und Chef der Staatskanzlei

Nathanael Liminski

Zu Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in der schwarz-grünen Landesregierung ernannte Ministerpräsident Wüst:

Staatssekretär Paul Höller
(Ministerium für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie)
Staatssekretärin Silke Krebs
(Ministerium für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie)
Staatssekretär Dr. Dirk Günnewig
(Ministerium der Finanzen)
Staatssekretärin Dr. Daniela
Lesmeister
(Ministerium des Inneren)
Staatssekretär Lorenz Bahr-Hedemann
(Ministerium für Kinder, Jugend,
Familie, Gleichstellung, Flucht und
Integration)

Staatssekretär Matthias Heidmeier (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) Staatssekretär Dr. Urban Mauer (Ministerium für Schule und Bildung)

Parlamentarischer Staatssekretär Josef Hovenjürgen MdL

(Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung)

Staatssekretär Daniel Sieveke (Ministerium für Heimat, Kommunales,

Bau und Digitalisierung)

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner

(Ministerium der Justiz)

Staatssekretär Viktor Haase

(Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr)

Staatssekretär Dr. Martin Berges (Ministerium für Landwirtschaft und

Verbraucherschutz) Staatssekretärin Gonca Türkeli-

Dehnert

(Ministerium für Kultur und Wissenschaft)

Dr. Mark Speich Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien Amtschef der Staatskanzlei und Staatssekretär Dr. Bernd Schulte Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt Andrea Milz

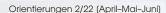


NRW-Unternehmensverbände begrüßen Grundausrichtung des Koalitionsvertrages

Als "eindeutiges Bekenntnis zur Bedeutung einer starken Wirtschaft" haben die nordrhein-westfälischen Unternehmer den NRW-Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen bezeichnet. "Das allein ist ein Wert an sich, die Grundausrichtung der Vereinbarung stimmt", erklärte der Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw), Arndt G. Kirchhoff.

Der Koalitionsvertrag weise an vielen Stellen in die richtige Richtung. Insbesondere die angekündigte massive Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren werde hier ein Schlüssel sein. "Wie das aber konkret umgesetzt werden soll, bleibt in dem ansonsten teilweise sehr detaillierten Papier leider bei manchen wichtigen Punkten offen", sagte Kirchhoff. Die Landesregierung werde sich daran messen lassen müssen, ob ihr eine schnelle Ausgestaltung der im Papier noch eher abstrakten Ankündigungen gelinge. "Ohne konkrete Taten wird Schwarz-Grün seine ehrgeizigen Klimaziele nicht erreichen", erklärte Kirchhoff. Nach Worten des NRW-Unternehmerpräsidenten müsse nun in der täglichen Regierungsarbeit der Beweis erbracht werden, ob Schwarz-Grün tatsächlich vorhan-

dene Spannungsfelder auflösen und gesellschaftspolitische Blockaden überwinden könne. Der Start sei angesichts der zügigen und geräuschlosen Koalitionsverhandlungen jedenfalls ermutigend. Mit Blick auf die vereinbarte Ressortverteilung, nach der künftig für den Standort Nordrhein-Westfalen zentrale Themenbereiche wie Wirtschaft, Energie, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in der Zuständigkeit der Grünen liegen, betonte Kirchhoff: "Die Grünen sind jetzt in der Pflicht und haben eine besondere Verantwortung, den grundlegenden Strukturwandel des Landes zu ermöglichen statt ihn zu verzögern." Die Partei habe nun die Chance, sich hier als echter Tempomacher zu beweisen. "Die kommende Legislaturperiode wird entscheidend für unser Land", betonte der NRW-Unternehmerpräsident. Die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens hänge wesentlich davon ab, dass die neue Landesregierung Schlüsselthemen voranbringe. Er begrüße, dass im Koalitionsvertrag anerkannt werde, dass eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung die Basis für das Industrieland Nordrhein-Westfalen sei. Die konsequente Umsetzung des angekündigten Bürokratieabbaus sei die Voraussetzung dafür, dass die nachhaltige Transformation auch in der notwendigen Geschwindigkeit gelingen könne. Auch die Erhaltung und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen als europäische Verkehrs-Drehscheibe dulde keinen Aufschub. Mit Blick auf die angekündigte Digitalagenda sagte Kirchhoff: "Die Digitalisierung unseres Landes kommt nur dann entscheidend voran, wenn die Anstrengungen für Netzausbau und digitale Verwaltung deutlich forciert werden." Zu Recht werde die Bewältigung des Fach- und Arbeitskräftemangels als große Aufgabe der kommenden Jahre bezeichnet. "Das ist kein Luxusproblem, sondern eine echte Bedrohung für den Wohlstand in unserem Land und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe", so Kirchhoff. Der NRW-Unternehmerpräsident forderte die schwarz-grüne Koalition dazu auf, in ihrem künftigen Regierungshandeln stets die Gesamtbelastung der Wirtschaft im Blick zu haben. Jetzt sei wahrlich nicht die Zeit für nordrheinwestfälische Sonderwege mit zusätzlicher Regulierung und neuen Belastungen. Gerade in diesen ruppigen Zeiten sei das Land zwingend auf wettbewerbsfähige Unternehmen angewiesen.





Erwartungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an die nächste Landesregierung

Unternehmer nrw, IHK.NRW und HANDWERK.NRW haben ihre gemeinsamen Erwartungen an die künftige Landesregierung vorgestellt. Sie stehen unter dem Titel "NRW stark machen für die Zukunft".

Nur mit einer starken Wirtschaft wird Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren seine Herausforderungen bewältigen können. Das ist die Kernbotschaft eines gemeinsamen Papiers, in dem die drei Spitzenorganisationen unternehmer nrw, IHK NRW und HANDWERK.NRW ihre Erwartungen an die künftige Landesregierung dargelegt haben. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der demografische Wandel, die Transformation hin zu mehr Klimaschutz und die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine machen aus Sicht der drei Spitzenverbände deutlich, dass Freiheit, Sicherheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Und auch wenn sich Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren positiv entwickelt hat, muss noch weiter viel getan werden für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Die nordrheinwestfälische Wirtschaft setzt dafür auf mehr Mut, Tempo Talente und Verantwortung. Dr. Margarethe Haase, die Vizepräsidentin von unternehmer nrw, erklärte, dass sich die wirtschaftliche Grundstimmung in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren deutlich verbessert habe.

"Jetzt geht es darum, den Weg der Modernisierung und Erneuerung fortzusetzen. Dafür braucht es politischen Mut – Mut, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen am Standort NRW ermöglichen. Politik muss noch stärker auf die kreativen Kräfte des Wettbewerbs setzen. Unser Land braucht Offenheit für Innovationen, Wertschätzung für Unternehmertum und eine Kultur des Ermöglichens und Entlastens etwa durch Bürokratiebabbau. Nur dann fühlen sich große Industrieunternehmen, bodenständiger Mittelstand und quirlige Start-ups in Nordrhein-Westfalen wohl - und können für Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sorgen." Der Präsident von IHK NRW, Ralf Stoffels betonte, wie wichtig die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Modernisierung der Infrastruktur und die konsequente Digitalisierung der Verwaltung für mehr wirtschaftliche Dynamik sind: "Um den Wandel in Nordrhein-Westfalen erfolgreich zu gestalten, reicht es nicht, an den bestehenden Strukturen und Verfahren festzuhalten. Wir müssen uns wieder die Fähigkeit erarbeiten, schnell und flexibel auf die bevorstehenden Herausforderungen reagieren zu können." Stoffels betonte auch den hohen Fachkräftebedarf der Wirtschaft: "Wir werden den absehbaren Umbruch nur erfolgreich bewältigen, wenn die Qualifikationen damit Schritt halten. Wir brauchen dringend Fachkräfte und Unternehmernachwuchs. Daher sollte Nordrhein-Westfalen jedem Talent die bestmöglichen Entfaltungschancen bieten."

Der Präsident von HANDWERK. NRW, Andreas Ehlert, betonte, dass das Land mehr denn je vor der Aufgabe steht, die langfristigen Folgen von Politik im Blick zu haben: "Wir müssen ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher Vernunft und finanzpolitischer Tragfähigkeit verbinden. Wettbewerb und

Technologieoffenheit sind der Schlüssel dazu, dass wir nachhaltige Erfolge in der Transformation erzielen – zum Beispiel für mehr Energie- und Ressourceneffizienz oder bei der Erschließung von Zukunftstechnologien. Wir haben Verantwortung für unsere Zukunft, und dazu gehört aktuell ganz besonders, dass wir die Versorgungssicherheit für Energie und Rohstoffe gewährleisten, einseitige Abhängigkeiten reduzieren und die öffentliche Verschuldung im Zaum halten."

Termine

- 25./ Donnerstag/Freitag
- 26. August 2022,
 UVH-Geschäftsführerseminar,
 Düsseldorf
 - 6.- Dienstag-Donnerstag
- 8. September 2022,

70. Arbeits- und sozialrechtliche Tagung für Geschäftsführer/ -innen und Prozessvertreter/ -innen der Handwerksorganisationen, Leipzig

22. September 2022, 10.30 Uhr, UVH-Vorstand



UVH diskutierte mit Landtagskandidaten aus dem Handwerk

Beim diesjährigen Unternehmertag des Unternehmerverbandes Handwerk NRW (UVH) diskutierten kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Kandidaten verschiedener Parteien über aktuelle Themen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des UVH, Hans-Joachim Hering, und einem digitalen Grußwort des nordrhein-westfällischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst beschrieb Andreas Ehlert, Präsident von HAND-WERK.NRW, die Erwartungen des Handwerks an die kommende Legisla-

turperiode des Landtages. Im Vordergrund standen die Themenbereiche Bürokratieabbau, Fachkräftemangel, Digitalisierung und Energiewende. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion Mathias Goeken (MdL, CDU), Andre Stinka (MdL, SPD), Dietmar Brockes (MdL, FDP) und Roland Schüren (Die Grünen) stellten ihre enge Verbundenheit zum Handwerk heraus und nahmen zu Publikumsfragen über die handwerkspolitischen Konzepte ihrer jeweiligen Parteien Stellung.

UVH-Präsident Hans-Joachim Hering äußerte den Wunsch, dass die Bedeutung des Handwerks auch von der künftigen Landesregierung gesehen

werde und forderte "beste Rahmenbedingen für Aufschwung und Wachstum im Mittelstand" und eine "gute und leistungsfähige Infrastruktur" auch für kleine und mittlere Betriebe. Die Zeiten von überbordender Bürokratie. wirtschaftsfeindlicher Regulierung und Misstrauen gegenüber dem Unternehmertum in NRW müssten der Vergangenheit angehören. Er betonte, dass die Parteien die Bedeutung des Handwerks für die Erreichung der Klimaziele erkannt haben. In den Wahlprogrammen der Parteien zur Landtagswahl finde sich so viel Handwerk "drin" wie nie zuvor.



Dr. Frank Wackers, Hauptgeschäftsführer Unternehmerverband Handwerk NRW (UVH), Andre Stinka, MdL, Roland Schüren, Matthias Goeken, MdL, Heribert Kamm, Vizepräsident Unternehmerverband Handwerk NRW (UVH), Dietmar Brockes, MdL, Andreas Ehlert, Präsident HANDWERK.NRW, Hans-Joachim Hering, Präsident Unternehmerverband Handwerk NRW (UVH)

DAS HANSWERK DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.



Erste UVH-Landesinnungsmeisterkonferenz in Düsseldorf

Am Tag der Wahl des Ministerpräsidenten von NRW trafen sich erstmals die Landesinnungsmeister und Vorsitzenden der Landesinnungs- und Fachverbände zu einer UVH-Landesinnungsmeisterkonferenz in Düsseldorf. Im Mittelpunkt der Konferenz stand der Austausch über den Koalitionsvertrag und die Abstimmung zwischen den Gewerken.

Als profunder Kenner landespolitischer Hintergründe und Zusammenhänge erläuterte der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW, Johannes Pöttering, den anwesenden Landesinnungsmeistern den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen zur Bildung einer neuen Landesregierung. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer über Wünsche und Erwartungen an die Landes-

politik. UVH-Präsident Hans-Joachim Hering hielt eine engere Zusammenarbeit der Landesinnungsmeister und Vorsitzenden der Fachverbände insbesondere in Fragen der Transformation und Umsetzung des Klimaschutzes für erforderlich. Hier werde das Handwerk von der Politik in besonderer Weise gefordert. Deshalb sei eine politische Abstimmung zwischen den Gewerken das Gebot der Stunde.



Unter der Leitung von UVH-Präsident Hans-Joachim Hering nutzten die Teilnehmer der Landesinnungsmeisterkonferenz die Möglichkeit, in einem Rundgang die Düsseldorfer Altstadt kennenzulernen. (v.l.n.r. Alexandra Herrmann (UVH), Vera Püttmann (UVH), Landesinnungsmeister Jürgen Hinkelmann, UVH-Präsident Hans-Joachim Hering, Hauptgeschäftsführer Christian Heil (Fachverband Elektro- und Informationstechnische Gewerke), Landesinnungsmeister Horst Rinsch, UVH-Vizepräsident Heribert Kamm.)



Auftakt-Workshop des Innovationsdialogs Handwerk in NRW

Unter dem Motto "Innovation in Zeiten des Wandels – und was das für die Handwerksbetriebe bedeutet" fand nun in einer Krefelder Brauerei der Auftakt-Workshop des Innovationsdialogs Handwerk in NRW statt.

Der "Innovationsdialog Handwerk NRW" ist ein von der Landesregierung gefördertes Projekt beim Westdeutschen Handwerkskammertag mit dem an die erfolgreiche Zusammenarbeit der Landesregierung und des Handwerks anlässlich der Enquetekommission "Zukunft von Handwerk und Mittelstand in NRW" angeknüpft und Handwerkspolitik als Querschnittsaufgabe weiter etabliert werden soll.

Etwa 45 Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung trafen sich zum ersten Innovationsdialog in dem modernen Handwerksbetrieb am Krefelder Nordbahnhof. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart betonte zu Beginn: "Ich bin sicher, dass die große und wachsende Bedeutung des Handwerks auch in Zukunft eine wichtige Leitplanke für die Landespolitik bildet. Wir brauchen ein starkes Handwerk, um die Energie- und Klimaziele zu erreichen. Der neue Innovationsdialog ist deswegen eine große Chance."

Matthias Heidmeier, Hauptgeschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertags (WHKT), erläuterte eingangs das neue Format: "Mit Blick auf die nötige Transformation hin zur Klimaneutralität und die sich zuspitzende Fachkräftefrage gilt es, Impulse und Anstöße zu finden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks auch in Zukunft zu sichern. Das geht

am besten im gemeinsamen Dialog mit Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir wollen konkrete Handlungsempfehlungen für die Zukunft entwickeln." Heidmeier dankte der Landesregierung für die Förderung des Dialoges und unterstrich die parteiübergreifende Unterstützung des neuen Formats.

Anne Furth, Inhaberin der gastgebenden Brauerei, machte beim Auftakt-Workshop klar, dass es vor allem auf den Unternehmergeist im Handwerk ankomme. Als junge Gründerin beschrieb sie, wie sie den Betrieb vor vier Jahren mit ihrem Bruder aufbaute. Dank innovativer und digitaler Lösungen bremste sie selbst die Corona-Pandemie nicht aus, im Gegenteil: der Umsatz wuchs dank einer spontanen Erweiterung ihres Produktangebots gar jährlich. Wie Innovation im Handwerk gut funktionieren kann, beschrieb in diesem Sinne auch Andreas Ehlert, Präsident von Handwerk.NRW: "Innovation geht grundsätzlich immer von den Betrieben aus. Ihnen muss man die nötigen Freiräume eröffnen, damit sie in der Lage sind, innovativ zu handeln. Denn echte Innovation beginnt da, wo die Phantasie der Politik endet."

Einigkeit herrschte derweil dabei, dass nur mit genügend Fachkräften aus dem Handwerk der Transformationsprozess gelingen würde. Hans-Joachim Hering, Präsident des Unternehmerverbands Handwerk: "Wir können unsere Klimaziele nur erreichen, wenn wir den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Dafür braucht es vor allem gute Handwerkerinnen und Handwerker." Berthold Schröder, Prä-

sident des Westdeutschen Handwerkskammertags: "Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die berufliche Bildung zu stärken und somit mehr Menschen für den Weg der handwerklichen Berufsausbildung zu begeistern."

Offen wurde diskutiert, welche Wege dazu führen könnten, insbesondere in den Engpassberufen zusätzliches Personal zu gewinnen. So schlug Architektur-Professor Moritz Fleischmann von der Hochschule Düsseldorf vor, nicht nur Studienabbrecher, sondern auch Akademikerinnen und Akademiker verstärkt als Zielgruppe von Handwerksbetrieben zu betrachten. Anhand eines von ihm mitbetreuten Solar Decathlon-Projektes veranschaulichte er außerdem, wie die Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Wissenschaft gelingen kann, um neue Methoden im Holzbau zu entwickeln und umzusetzen.

Landesinnungsmeister Rüdiger Otto vom Baugewerbe-Verband Nordrhein hob hervor, dass die bei Kindern spürbare Begeisterung für das Handwerk zu selten in den Grund- und weiterführenden Schulen gefördert würde. Ebenfalls forderte er vor dem Hintergrund der eigenen betrieblichen Erfahrungen, dass sich die Integrationsprozesse für Fachkräfte aus dem Ausland deutlich verbessern müssten. Prof. Dr. Friedrich-Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, warnte vor einer "Fachkräfte-Katastrophe" im Handwerk, wenn es keine strukturellen Veränderungen zugunsten der beruflichen Bildung gibt. Es brauche eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.



Aufbauend auf den Impulsen des Workshops entwickelt der Innovationsdialog nun passgenaue Formate, um konkrete Handlungsempfehlungen für Politik und Handwerk zu identifizieren. Darüber hinaus ist ein Podcast mit Expertinnen und Experten aus Forschung, Politik und Wirtschaft geplant. Der Westdeutsche Handwerkskammertag leitet das vom Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW geförderte Projekt in enger Zusammenarbeit mit den weiteren Spitzenverbänden des NRW-Handwerks.

8

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

Neuer Erst-Check soll Ukraine-Geflüchteten Berufseinstieg erleichtern

IHKs und Handwerkskammern bieten ab sofort einen Erstberatungs-Check für ukrainische Berufsqualifikationen und unterstützen damit die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Die Industrie- und Handelskammern (IHKs) sowie die Handwerkskammern bieten Geflüchteten aus der Ukraine ab sofort als neuen Service einen Erstberatung-Check zu Berufsqualifikationen an. Im Rahmen dieser Kurzberatung nehmen die Kammern Informationen zu Berufsabschlüssen, Arbeitserfahrungen und Sprachkompetenzen auf, um den Geflüchteten eine erste Einschätzung mit Blick auf einen vergleichbaren deutschen Ausbildungsberuf abzugeben. Das Beratungsergebnis soll in einem Erst-Check-Dokument festgehalten werden: Dieses soll Betrieben im Einstellungsprozess helfen, den Menschen aus der Ukraine eine gezieltere Stellenbewerbung zu ermöglichen sowie Arbeitsagenturen und Jobcenter bei Vermittlungsaktivitäten unterstützen.

"Wir wollen den Geflüchteten schnell und unkompliziert helfen. Dafür können wir auf etablierte und gut funktionierende Strukturen in der Anerkennungsberatung der IHKs in allen Regionen Deutschlands aufsetzen", sagt Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). "Der Erst-Check ist eine neue Service-Leistung, die eine gute Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten unterstützt. Das Angebot wird hoffentlich über die kommenden Monate gut angenommen – vor allem, wenn nach Ankommen und Spracherwerb der Wunsch nach einer Beschäftigung bei immer mehr Betroffenen zunimmt."

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), erläutert: "Mit dem Erst-Check-Dokument können Handwerksbetriebe einen ersten Eindruck gewinnen, in welchen Berufen Bewerberinnen und Bewerber aus der Ukraine ausgebildet wurden und berufliche Erfahrungen erworben haben. Qualifiziertes Personal wird im Handwerk händeringend gesucht. Eine Beratung der Handwerkskammern und der Check zu ausländischen Berufsqualifikationen können ukrainischen Geflüchteten dabei helfen, sich auf die richtigen Stellen zu bewerben und sich schneller in unsere Betriebe zu integrieren. Der Erst-Check nützt somit Betrieben wie Geflüchteten."

Die meisten IHK- und Handwerksberufe zählen zu den nicht reglementierten Berufen. Personen, die aus der Ukraine geflüchtet sind und sich mit vorübergehendem Schutz im Sinne des Aufenthaltsgesetzes in Deutschland aufhalten, können auch ohne formale Berufsanerkennung eine Erwerbstätigkeit in diesen Berufen aufnehmen. Nur wer in sogenannten reglementierten Berufen arbeiten möchte (zum Beispiel Berufe im Gesundheitsbereich) oder sich in einem zulassungspflichtigen Handwerk selbstständig machen will, muss dazu das Anerkennungsverfahren beantragen.

Der Erst-Check ist ein unkomplizierter Weg, Qualifikationen und Berufserfahrungen von Geflüchteten aus der Ukraine für Betriebe sichtbar und transparent zu machen. Das formale Verfahren der Berufsanerkennung nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz kann bei Bedarf in einem späteren Schritt zur längerfristigen Integration erfolgen.

Personen aus Drittstaaten, die nicht als Schutzsuchende, sondern als Fachkräfte nach Deutschland zuwandern wollen, müssen nach den Regeln des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes generell vor ihrer Einreise die formale Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses anstreben.



Listenaufstellung für die Sozialwahlen 2023 angelaufen

Die Sozialwahl oder Sozialversicherungswahl ist die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der gesetzlichen Sozialversicherungsträger in Deutschland. Sie findet alle sechs Jahre bei allen Trägern der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung statt. Für die nächste Sozialwahl 2023 sind die Vorbereitungen angelaufen.

Im Rahmen der Sozialwahl 2023 werden neue Mitglieder für den Vorstand

und die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland und der Deutschen Rentenversicherung Westfalen gewählt. Außerdem müssen die Vertreter der Widerspruchsausschüsse neu besetzt werden. Die Fachverbände des Handwerks sind um Rückmeldung für die Vorschläge für die Vertreterversammlungen gebeten worden. Da Frauen bisher stark unterrepräsentiert sind, bitten wir bei der Auswahl um eine stärkere Berücksichtigung von

Wahlbewerberinnen. Als Voraussetzung für die Wählbarkeit ist auch die Arbeitgebereigenschaft zu beachten, d.h. höchstens 1/3 der Arbeitgebergruppe darf aus Beauftragten (Geschäftsführern) bestehen. Bei Interesse an einer Mitarbeit in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung wird um eine Rückmeldung bei Herrn Hauptgeschäftsführer Dr. Frank Wackers, Tel. 02 11/30 06 52-13, gebeten. Die Vorschläge werden von den Fachverbänden des Handwerks erarbeitet.

10

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

Aus den Verbänden

Alexandra Herrmann neue Ansprechpartnerin in der UVH-Geschäftsstelle

Seit dem 1. Mai 2022 hat der Unternehmerverband Handwerk NRW mit Frau Alexandra Herrmann eine neue kompetente Ansprechpartnerin im Sekretariat der Geschäftsstelle gewinnen können. Frau Herrmann ist von der Landesgewerbeförderungsstelle (LGH) zum UVH gewechselt. Beim UVH ist sie künftig als Assistentin der Hauptgeschäftsführung und für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit zuständig. Frau Herrmann ist telefonisch unter 02 11/30 06 52-15 erreichbar. (Mail: herrmann@uvhnrw.de)

Landesverbandstag und Jubiläum des Landesinnungsverbandes des Schornsteinfegerhandwerks

Im Rahmen eines Landesverbandstages beging der Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks sein 75-jähriges Bestehen. Landesinnungsmeister Andreas Peeters konnte als einen der zahlreichen Ehrengäste den Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP), begrüßen, der die Festrede des Landesverbandstags hielt. Der Minister berichtete über den Notfallplan Gas und bat die Schornsteinfeger bei den Einsparpotentialen in den Gebäuden zu helfen. Im Anschluss daran sprach der Präsident des Schornsteinfegerhandwerks, Oswald Wilhelm, zum Plenum. Dabei sieht Wilhelm die Hauptaufgabe, das Schornsteinfegerhandwerk bauen. Mit Verweis auf die wegfallenden Kernaufgaben werde die Beratung mehr und mehr zunehmen.

Nach einem Grußwort des Präsidenten des Nordrhein-Westfälischen Handwerks und Präsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf, Andreas Ehlert, begrüßte Landesinnungsmeister Peeters den im Schornsteinfegerhandwerk gut bekannten Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, der zur weltweiten Klimaproblematik sprach. "Wer das Klimaproblem lösen möchte, muss es weltweit lösen", so der Professor.

Im Anschluss daran, durften die Gäste der Festveranstaltung einer ganz besonderen Klimaschutzaktivität beiwohnen. So haben sich alle Innungsbetriebe der Schornsteinfeger-Innung Düsseldorf dafür entschieden, künftig ihr unvermeidbares CO₂ auszugleichen. Man hat errechnet, dass jeder Schornsteinfegerbetrieb im Schnitt 5,816 t CO₂ im Jahr verbraucht.



Hierbei geht das meiste CO₂ auf die Mobilität zurück. Ausgeglichen wird nun die errechnete CO₂-Menge durch den Partner Forliance, der mit Frau Astrid Manciu vor Ort vertreten war. Mit den Worten: "Klimaschutz ist Menschenschutz" übergab die Forliance-Vertreterin symbolisch das Zertifikat zum CO₂-Ausgleich seiner Betriebe dem Obermeister Norbert Rieck. Eine Aktion, die hoffentlich noch ganz viele Nachahmer in den Reihen der Schornsteinfeger-Innungen findet.

Landesregierung NRW beruft WHKT/LGH-Hauptgeschäftsführer Matthias Heidmeier zum Staatssekretär ins NRW-Arbeitsministerium

Für die Leitung des CDU-geführten Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW hat Ministerpräsident Hendrik Wüst Karl-Josef Laumann erneut zum Minister benannt. Zum Staatssekretär wurde Matthias Heidmeier berufen, der seit 2019 den Westdeutschen Handwerkskammertag (WHKT) und die LGH des nordrhein-westfälischen Handwerks in der

Funktion des Hauptgeschäftsführers geleitet hat.

WHKT-Präsident Berthold Schröder bedankte sich herzlich bei Herrn Heidmeier für seinen Einsatz und seine Impulse an der Spitze des NRW-Handwerks. "Ich gratuliere Ihnen herzlich zu der Berufung zum Staatssekretär in einem für das Handwerk sehr wichtigen Ressort der Landesregierung. Viel Glück und Erfolg wünsche ich Ihnen auch ganz persönlich für die Zukunft und für die Ausübung Ihres neuen Amtes", so Berthold Schröder zur Verabschiedung.

11

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

Gesetzesänderungen und -initiativen

Europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen ihres Pakets für eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft hat die EU-Kommission am 23. Februar 2022 den Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz vorgestellt. Der Richtlinienentwurf muss in einem nächsten Schritt durch das Europäische Parlament und den Rat gebilligt werden und nach Annahme durch die Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Jahren in innerstaatliches Recht umgesetzt werden.

Die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt soll durch das EU-Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene in allen globalen Wertschöpfungsketten verankert werden. Mit der Pflicht zur Nachverfolgung ganzer Wertschöpfungsketten stellt das EU-Lieferkettengesetz im Vergleich zum deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz eine wesentliche Verschärfung dar. Der deutsche Mittelstand wird sich auf einen erhöhten Kontrollund Bürokratieaufwand vorbereiten müssen. Der Anwendungsbereich des

EU-Lieferkettengesetzes erstreckt sich auf Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 150 Millionen Euro (Unternehmen der Gruppe 1). In der sog. Gruppe 2 wird das Schadensrisiko der Unternehmen berücksichtigt, wonach bereits Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 40 Millionen Euro dem EU-Lieferkettengesetz unterfallen, wenn diese in ressourcenintensiven Bereichen tätig sind. Eine bedeutende Erweiterung des EU-Lieferkettengesetzes stellt die Aufnahme des Klima- und Umweltschutzes in den Sorgfaltspflichtenkatalog dar. Während das deutsche Lieferkettengesetz sich schwerpunktmäßig auf die Einhaltung der Menschenrechte beschränkt und Umweltschutz nur mittelbar umfasst, nimmt das EU-Lieferkettengesetz negative Auswirkungen auf die Umwelt, z.B. durch Umweltverschmutzung oder den Verlust an biologischer Vielfalt, ausdrücklich in den Schutzbereich auf. Handwerksbetriebe wären daher im Ergebnis von

einer Vielzahl von Dokumentations-Pflichten betroffen. Damit Handwerksbetriebe im Sinne der KMU-Ausnahme nicht mit weiteren Anforderungen belastet werden, sollte der Gesetzgeber nach Ansicht des ZDH folgende Veränderungen aufnehmen:

- Notwendig ist eine wirksame KMU-Ausnahme entlang der Lieferkette in der EU, v. a. bzgl. der Vermeidung potenzieller negativer Auswirkungen (Art. 7).
- Für EU- und EWR-Mitgliedstaaten muss eine Safe Harbour-Klausel gelten, d.h. Zulieferer aus diesen Ländern müssen wegen ihrer durchweg hohen Menschenrechtsstandards vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen sein.
- Die zivilrechtliche Haftung in Art. 22 muss auf den direkten Vertragspartner beschränkt werden.
- Handwerksbetriebe beziehen ihre Produkte und Waren meist über Intermediäre. Nachweispflichten müssen sich auf deren Import in die EU beschränken.



Aus der Rechtsprechung

Keine Nachgewährung von Urlaubstagen bei Quarantäne wegen Coronainfektion

12

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Köln vom 13. Dezember 2021 besteht kein Anspruch des Arbeitnehmers auf Nachgewährung von Urlaubstagen bei einer Quarantäneanordnung wegen einer Infektion mit dem Coronavirus. Damit wurde die erstinstanzliche Entscheidung des Arbeitsgerichts Bonn vom 7. Juli 2021 bestätigt.

Der Arbeitnehmerin wurde für den Zeitraum vom 30. November 2020 bis zum 12. Dezember 2020 Erholungsurlaub gewährt. Am 27. November 2020 verfügte die zuständige Stadtverwaltung die Absonderung bzw. häusliche Isolierung der Klägerin als Kontaktperson ersten Grades ihres mit dem Corona-Virus infizierten Kindes. Nach ihrer Behauptung lag ab dem 1. Dezember 2020 auch bei ihr ein positives Corona-

Testergebnis vor, Symptome waren jedoch nicht feststellbar. Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung erhielt die Klägerin nicht. Die Quarantäneanordnung endete mit dem 7. Dezember 2020. Die Arbeitnehmerin verlangt mit der von ihr erhobenen Klage die Nachgewährung von fünf Urlaubstagen von dem Arbeitgeber. Die gegen das klageabweisende Urteil des Arbeitsgerichts Bonn eingelegte Berufung wies das Landesarbeitsgericht Köln nunmehr zurück. Die Voraussetzungen von § 9 BUrlG für die Nachgewährung von Urlaubstagen bei einer Arbeitsunfähigkeit liegen danach nicht vor. Diese Regelung bestimmt, dass bei einer Erkrankung während des Urlaubs die durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Arbeitsunfähigkeitstage auf den Jahresurlaub nicht angerechnet werden. Die Klägerin hatte ihre Arbeitsunfähigkeit jedoch nicht durch ein ärztliches Zeugnis

nachgewiesen. Eine behördliche Quarantäneanordnung steht nach Ansicht des Landesarbeitsgerichts einem ärztlichen Zeugnis über die Arbeitsunfähigkeit nicht gleich. Eine Erkrankung hier die Infektion mit dem Coranavirus - gehe nicht automatisch mit einer Arbeitsunfähigkeit einher. Ein symptomloser Virusträger bleibe grundsätzlich arbeitsfähig, wenn es ihm nicht wegen der Quarantäneanordnung verboten wäre zu arbeiten. Eine analoge Anwendung von § 9 BUrlG bei einer behördlichen Quarantäneanordnung aufgrund einer Infektion mit dem Coronavirus scheide ebenfalls aus. Es liege weder eine planwidrige Regelungslücke noch ein mit einer Arbeitsunfähigkeit vergleichbarer Sachverhalt vor. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts ist nicht rechtskräftig. Das Gericht hat in seinem Urteil die Revision zum Bundesarbeitsgericht zugelassen.

13

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

Ehrenamtliche Richter aus Kreisen der Arbeitgeber

Nachstehend geben wir Ihnen die Neu- und Wiederberufungen der ehrenamtlichen Richter aus dem Handwerk in Nordrhein-Westfalen bekannt:

Arbeitsgerichte:

■ Aachen

Hermann Josef Dohmen, Fliesen-, Platten- und Mosaiklegermeister, Herzogenrath Bernd Rademacher, Heizungs- und Lüftungsbauermeister/Gas- und Wasserinstallateurmeister, Stolberg

■ Bocholt

Werner Dienberg, Tischlermeister, Geschäftsführer der Fa. Tepasse Fenster GmbH, Bocholt

■ Bonn

Sarah Hilger, Betriebswirtin, Installateurund Heizungsbaumeisterin, Mechernich-Kalenberg Richard Schaefer, Tischlermeister, Euskirchen

■ Iserlohn

Frank Erkelenz, Raumausstatter, Iserlohn

■ Köln

Hans-Werner Dürr, Geschäftsführer, Erftstadt

Dr. Thomas Günther, Hauptgeschäftsführer, Köln



■ Krefeld

Thomas Schmitz, Gebäudereinigungsmeister, Krefeld

■ Mönchengladbach

Dr. Oliver Hölkermann, Geschäftsführender Gesellschafter/Geschäftsführer, Mönchengladbach

Yannick Löb, Prokurist bei der Firma Elektro-Löb GmbH & Co. KG, Mönchengladbach

■ Münster

Heinz Nienkemper, Metallbaumeister, Ennigerloh

■ Wesel

Andreas Verhülsdonk, Maler- und Lackierermeister, Kevelaer

Impressum

Herausgeber:

Unternehmerverband Handwerk NRW e.V. Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks

Verantwortlicher für Inhalt und Redaktion:

Dr. Frank Wackers/ Hauptgeschäftsführer, Vera Püttmann

Kontakt:

Unternehmerverband
Handwerk NRW
Landesvereinigung der
Fachverbände des Handwerks

Georg-Schulhoff-Platz 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211/30 82 36

0211/30 06 52-0

Telefax: 0211/39 75 88

0211/30 06 52-10

e-Mail: kontakt@uvh-nrw.de Internet: www.uvh-nrw.de

4

Orientierungen 2/22 (April-Mai-Juni)

Verbraucherpreisindex

(Index 2015 = 100)

| Jahr/Monat | | Nordrhein-Westfalen | | Deutschland | |
|------------|-----|---------------------|--------------------|-------------|--------------------|
| | | Index | %-Ver- änderung | Index | %-Ver- änderung |
| 2 | 015 | 100,0 | 0,6 | 100,0 | 0,5 |
| 2 | 016 | 100,5 | 0,5 | 100,5 | 0,5 |
| 2017 | | 102,0 | 1,5 | 102,0 | 1,5 |
| 2018 | | 103,7 | 1,7 | 103,8 | 1,8 |
| 2019 | | 105,3 | 1,5 | 105,3 | 1,4 |
| 2020 | | 105,8 | 0,5 | 105,8 | 0,5 |
| 2 | 021 | 109,2 | 3,2 | 109,1 | 3,1 |
| | | | | | |
| Jan. | 21 | 106,4 | 1,0 | 106,3 | 1,0 |
| Feb | 21 | 107,2 | 1,3 | 107,0 | 1,3 |
| März | 21 | 107,7 | 1,8 | 107,5 | 1,7 |
| April | 21 | 108,3 | 2,1 | 108,2 | 2,0 |
| Mai | 21 | 108,8 | 2,6 | 108,7 | 2,5 |
| Juni | 21 | 109,3 | 2,5 | 109,1 | 2,3 |
| Juli | 21 | 110,2 | 4,1 | 110,1 | 3,8 |
| Aug. | 21 | 110,3 | 4,2 | 110,1 | 3,9 |
| Sep. | 21 | 110,3 | 4,4 | 110,1 | 4,1 |
| Okt. | 21 | 110,7 | 4,5 | 110,7 | 4,5 |
| Nov. | 21 | 110,4 | 5,1 | 111,5 | 5,2 |
| Dez. | 21 | 111,0 | 5,2 | 111,1 | 5,3 |
| | | | | | |
| Jan. | 22 | 111,8 | 5,1 | 111,5 | 4,9 |
| Feb. | 22 | 112,9 | 5,3 | 112,5 | 5,1 |
| März | 22 | 115,9 | 7,6 | 115,3 | 7,3 |
| April | 22 | 116,6 | 7,7 | 116,2 | 7,4 |
| Mai | 22 | 117,6 | 8,1 | 117,3 | 7,9 |
| | | | | | |

